



# Bericht zur Konjunkturlage in den Neuen Bundesländern:

## Datenlage

Aktuelle Daten zur Lage der Neuen Bundesländer:	Inflationsrate Neue Bundesländer* (Verbraucherpreisindex)	Arbeitslosenquote (zivile Erwerbspersonen insgesamt) <sup>2)</sup> (nicht saisonbereinigt)	Wachstumsrate des realen BIP <sup>4)</sup> (ohne Gesamt-Berlin)	Saldo der Leistungsbilanz (in Mrd. Euro) <sup>1)</sup> (Gesamtdeutschland)	Zinssatz (Umlaufrendite) (Gesamtdeutschland)
2000	1,7 %	17,1 %	1,5 %	-35,2	5,4 %
2001	2,0 %	17,3 %	0,9 %	+0,4	4,8 %
2002	1,1 %	17,7 %	1,2 %	+43,0	4,7 %
2003	0,9 %	18,5 %	0,7 %	+41,4	3,7 %
2004	1,7 % <sup>3)</sup>	18,4 %	1,7 %	+102,9	3,7 %
2005	2,1 % <sup>3)</sup>	18,7 %	0,1 %	+114,7	3,1 %
2006	1,9 % <sup>3)</sup>	17,2 %	3,3 %	+150,9	3,8 %
2007	2,2 % <sup>3)</sup>	15,1 %	2,5 %	+191,3	4,3 %
2008	2,6 % <sup>3)</sup>	13,1 %	1,1 %	+165,4	4,2 %
2. Quartal 2008	3,0 % <sup>3)</sup>	13,3 %		+42,8	4,5 %
3. Quartal 2008	3,2 % <sup>3)</sup>	12,6 %		+34,8	4,6 %
4. Quartal 2008	1,7 % <sup>3)</sup>	11,9 %		+38,1	3,7 %
1. Quartal 2009	0,6 % <sup>3)</sup>	14,1 %		+20,1	3,2 %
2. Quartal 2009	0,1 % <sup>3)</sup>	13,4 %		+22,9	3,4 %
April 2009	0,7 % <sup>3)</sup>	13,9 %		+5,4	3,3 %
Mai 2009	0,1 % <sup>3)</sup>	13,3 %		+4,2	3,3 %
Juni 2009	0,0 % <sup>3)</sup>	12,9 %		+13,3	3,5 %
Juli 2009	-0,6 % <sup>5)</sup>	12,9 %			3,3 %

Quelle: Deutsche Bundesbank und eigene Berechnungen \* Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum

<sup>1)</sup> Im Rahmen der Revision der Leistungsbilanzdaten von 2008 wurden methodische Änderungen vorgenommen, Deutsche Bundesbank

<sup>2)</sup> Bundesagentur für Arbeit; Monatsberichte <sup>3)</sup> eigene Berechnung des Konjunkturteams als gewichteter Durchschnitt über die fünf Neuen Bundesländer ohne Berlin, <sup>4)</sup> Werte: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ 2009, <sup>5)</sup> Erste Schätzung aufgrund der Daten aus vier Ländern

**Aktuelles Thema: Dieses fällt aus, weil die Krise das Thema ist.**

## Lageanalyse: 1. Quartal 2009

### • **Inflationsrate: Keine Teuerung im Mai und Juni 2009**

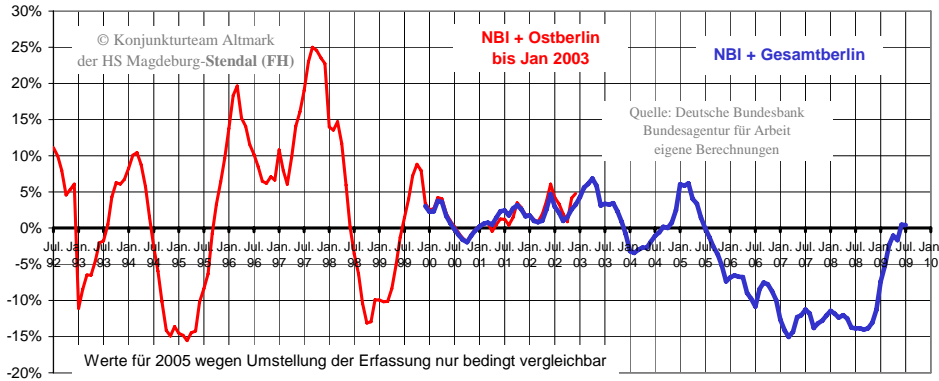
Im 2. Quartal 2009 betrug die Inflationsrate in den Neuen Bundesländern 0,2% (eigene Berechnungen) und lag somit unter dem Bundesdurchschnitt von 0,3% (Pressemitteilungen des Statistischen Bundesamtes). Im April betrug die jährliche Teuerungsrates in den Neuen Bundesländern noch 0,7% und fiel im Mai und Juni auf 0,0% (eigene Berechnungen). Auch der gesamtdeutsche Verbraucherpreisindex lag im Mai mit 0,0% auf dem niedrigsten Stand seit 22 Jahren (Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 10.06.2009). Die gedämpfte Teuerung ist vor allem auf das hohe Preisniveau vor einem Jahr zurückzuführen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sind die Preise für Energie und Nahrungsmittel gesunken. So waren beispielsweise im 2. Quartal Waren der Hauptgruppen „Verkehr“ mit -3,2% und „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ mit -1,0% günstiger als vor einem Jahr (eigene Berechnungen). In der Bundesrepublik war im Juni 2009 ein Preisrückgang für Energie von -7,9% binnen Jahresfrist feststellbar (insbesondere für Mineralölprodukte: -21,7%). Die Nahrungsmittelpreise lagen zum gleichen Zeitpunkt um 0,9% unter dem Niveau des Vorjahres, obwohl sie erstmals seit Januar 2009 wieder anstiegen (Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 09.07.2009). Zur Entwicklung der Inflationsrate der einzelnen Neuen Bundesländer im 2. Quartal ist festzuhalten, dass die jährliche Teuerung in Thüringen mit 0,0% am niedrigsten lag. Dagegen wurde in Mecklenburg-Vorpommern mit 0,7% die höchste Teuerung gemessen (Statistische Landesämter, eigene Berechnungen).

• **Arbeitslosenquote: Noch keine wesentliche Verschlechterung**

Im 2. Quartal dieses Jahres lag die mittlere Arbeitslosenquote der zivilen Erwerbspersonen in Ostdeutschland bei 13,4% und damit leicht über dem Vorjahresquartal. Die Zahl der Arbeitslosen betrug im April dieses Jahres noch 1.185.000 und ging im Juni aufgrund der Frühjahrsbelegung auf 1.091.000 zurück. Saisonbereinigt war die Zahl der Arbeitslosen im April um 6.000 gestiegen, im Mai um 10.000 gesunken und im Juni wieder um 4.000 gestiegen, so dass sich die Zahl im 2. Quartal nicht verändert hat. Saisonbereinigt verharnte die Arbeitslosenquote von März bis Juni auf dem Niveau von 13,2%. So waren im Juni nur 5.000 Personen mehr arbeitslos gemeldet als noch vor einem Jahr.

**Zu- bzw. Abnahme der Zahl der Arbeitslosen in den Neuen BI**

gegenüber dem Vorjahresmonat, nicht saisonbereinigt, 7/97 Neugliederung in Berlin  
Aktueller Stand: Juli 2009; letzte Akt.: 05.08.2009



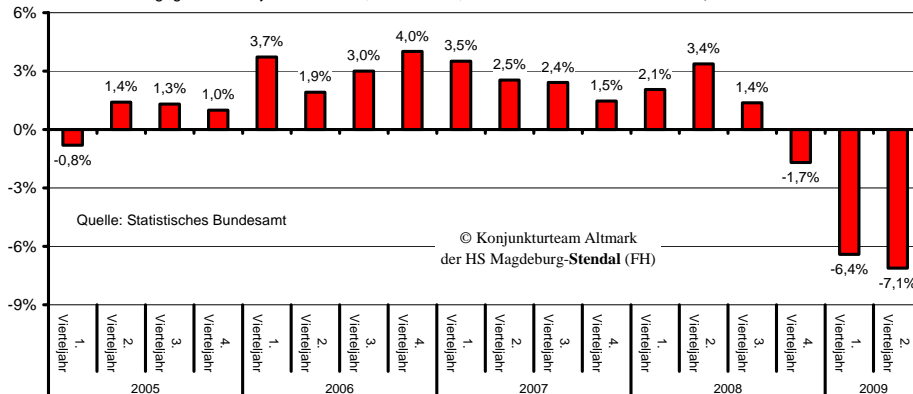
Dies ist angesichts des massiven Einbruchs der Produktion aber noch vergleichsweise moderat. Zu verdanken ist dies dem Einsatz des Instruments der Kurzarbeit. Die Kurzarbeiterzahl lag im März (jüngere Daten liegen nicht vor) in Ostdeutschland bei 177.000 und übertraf den Vorjahreswert um 135.000 (+322%). In Westdeutschland lag die entsprechende Zahl bei 1.064.000 und übertraf den Vorjahreswert um 951.000 (+837%). Hochgerechnet ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Ostdeutschland von April auf Mai (5.211.900) sogar noch leicht gestiegen und liegt somit um 0,2% über dem Wert des Mai 2008, während sie in Westdeutschland stagnierte. Diese Durchschnittszahlen täuschen allerdings über die Situation in den einzelnen Bundesländern hinweg: So lag die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Berlin um 2,7%, in Hamburg 1,9% und in Schleswig-Holstein um 0,6% über dem Vorjahreswert, während sie in Baden-Württemberg um 0,6%, in Sachsen um 0,7%, im Saarland um 1% und in Thüringen um 1,5% unter dem entsprechenden Vorjahreswert lag (Alle Angaben: Bundesagentur für Arbeit, Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Monatsbericht Juli 2009).

• **Wachstumsrate des realen BIP: Unvergleichlicher Einbruch**

Mit „Bruttoinlandsprodukt wächst um 0,3% im 2. Quartal 2009 gegenüber Vorquartal“ ist die Pressemeldung des Statistischen Bundesamts (vom 13.08.09) überschrieben. Dies klingt auf den ersten Blick hoffnungsfroh, da der rapide Absturz der gesamtdeutschen Wirtschaft gebremst ist. Auf den zweiten Blick offenbart sich aber, dass dieser Absturz so tief ist, dass man an die möglichen Folgen nicht denken möchte. Gegenüber dem Vorjahresquartal ist die Wirtschaftsleistung Deutschlands um 7,1%, nach 6,4% im ersten Quartal (kalenderbereinigt um 5,8% nach 6,7%) geschrumpft.

**Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts Deutschlands**

in Prozent gegenüber Vorjahreszeitraum, Kettenindex, Aktueller Stand: 2. Quartal 2009; letzte Akt.: 13.08.2009



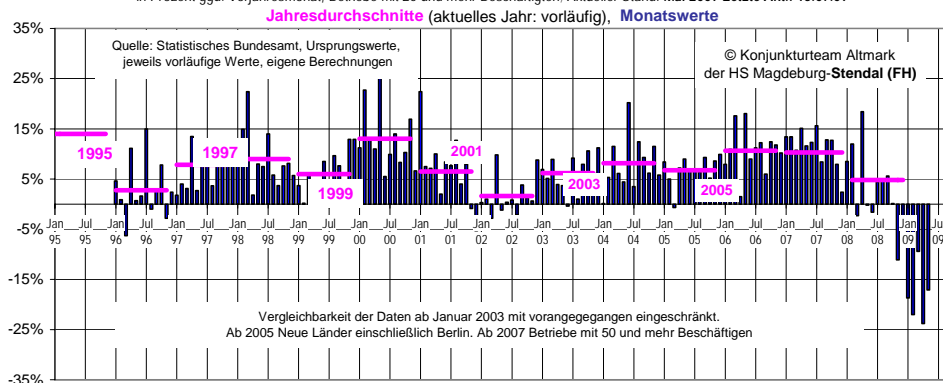
Zahlen zum Wachstum der ostdeutschen Wirtschaft im ersten Halbjahr werden vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ am 24. September veröffentlicht. Wir gehen davon aus, dass es die ostdeutsche Wirtschaft nicht ganz so stark getroffen hat. Warum dies so sein könnte, beschreiben wir in den folgenden zwei Kapiteln, in denen wir die besonders konjunktur reagiblen Bereiche analysieren.

## Das Verarbeitende Gewerbe

In den ersten sechs Monaten, für die bislang Daten vorliegen, sind die Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden der Neuen Länder um 17,2% gegenüber dem ersten Halbjahr 2008 gesunken. Die Auslandsumsätze in den Betrieben mit 50 und mehr tätigen Personen sind aufgrund der dramatischen Exportrückgänge sogar um über 21,5% gefallen. Für das frühere Bundesgebiet fallen diese Zahlen noch dramatischer aus: Die Umsätze sanken um 23,1%, die Auslandsumsätze um 27% (Stat. Bundesamt Fachserie 4 Reihe 4.1.1). Kein Wunder also, dass die Zahl der Arbeitsstunden in den Neuen Ländern um 7% (ABI -10,3%) zurückging. Deshalb überrascht die Entwicklung der Zahl der tätigen Personen etwas, da diese in den ersten sechs Monaten noch um 0,4% über dem Vorjahreszeitraum lag (ABI -1,6%). So sanken die Entgelte nur um 2,8% unter die des Vorjahreszeitraums (ABI -5%).

### Wachstum der Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in den NBI

in Prozent ggü. Vorjahresmonat, Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten; Aktueller Stand: Mai 2009 Letzte Akt.: 15.07.09



Weitere interessante Aufschlüsse zur Entwicklung gibt folgende Tabelle (jeweils 1. Halbjahr 2009 gegenüber 1. Halbjahr 2008; Angaben in Prozent):

	Umsatz Früheres Bundesgebiet	Umsatz Neue Länder (einschließlich Berlin)	Auslandsumsatz Früheres Bundesgebiet	Auslandsumsatz Neue Länder (einschließlich Berlin)
Vorleistungsgüter	-26,9	-24,0	-28,1	-27,8
Investitionsgüter	-24,3	-21,7	-29,7	-29,8
Gebrauchsgüter	-19,4	-12,3	-27,3	-11,4
Verbrauchsgüter	- 5,3	-1,7	-9,2	+6,3
Energie	-30,8	- 9,6	-28,4	-37,2

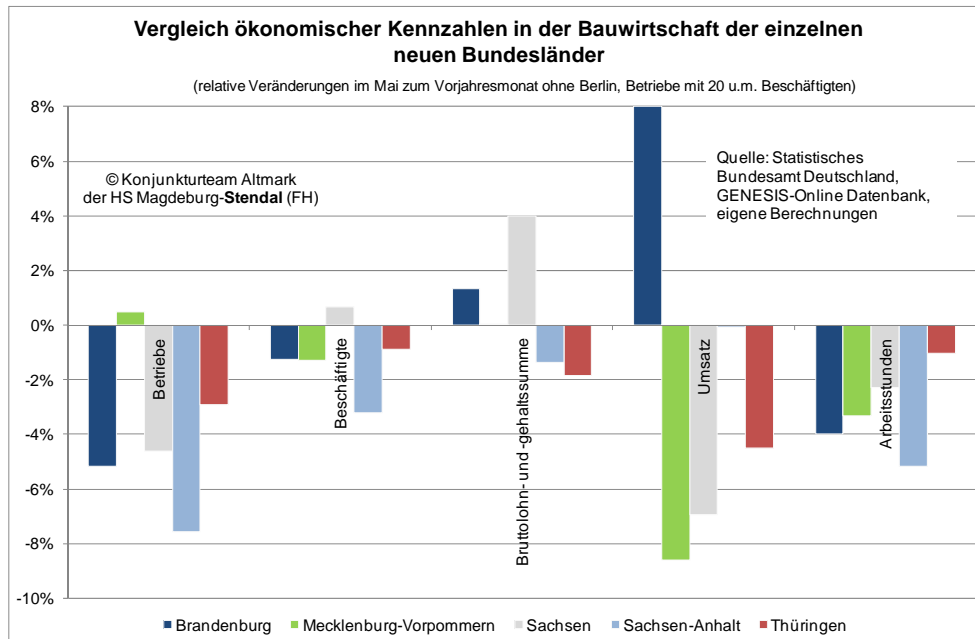
Jeder konjunkturelle Abschwung, so auch dieser, ist durch die stärksten Einbrüche im Bereich Vorleistungs- und Investitionsgüter gekennzeichnet. Demgegenüber ist die Nachfrage nach Verbrauchsgütern nicht derartig elastisch. Anders als im früheren Bundesgebiet ist der Anteil der Produktion in diesem Segment in den Neuen Ländern stark ausgeprägt: Die Umsätze entsprechen denen der Investitionsgüterhersteller und die Vorleistungsgüterhersteller übertreffen diese Umsätze um etwa ein Drittel. Während also die Verbrauchsgüterhersteller in den Neuen Ländern etwas mehr als 27,2% der gesamten Umsätze erwirtschaften, beträgt dieser Prozentsatz im früheren Bundesgebiet nur knapp 16,8%. Dies erklärt, abgesehen von der geringeren Exportabhängigkeit (Exportquote im ersten Halbjahr NBI 32,9%, ABI 44,8%), warum die Konjunktur in den Neuen Ländern nicht ganz so verheerend eingebrochen sein könnte.

Um die sogenannte aktuelle Kante genauer zu beschreiben, werden im Gegensatz zu obiger Betrachtung nur die Daten des Monats Juni mit denen des Vormonats bzw. Vorjahrs beschrieben. Um es vorwegzunehmen: Hierbei zeichnet sich ab, dass nach dem jähen Absturz zumindest eine Talsohle, wenn auch auf niedrigem Niveau, gefunden zu sein scheint. Die Umsätze stiegen gegenüber dem Vormonat um 10,8% und lagen „nur noch“ um 11,7% unter dem Vorjahreswert. Die Auslandsumsätze sind gegenüber dem Vormonat sogar um 18,2% gestiegen und liegen „nur noch“ um 13,7% unter dem Vorjahreswert. Auch wenn bei den Umsätzen scheinbar die Talsohle erreicht wurde, schlägt die Entwicklung zeitverzögert auf die Beschäftigung durch. Die Zahl der tätigen Personen lag im Juni um 0,5%, die Zahl der Arbeitsstunden sogar um 7,2% unter dem Vorjahreswert.

## Die Bauwirtschaft

Da dem letzten Bericht noch nicht alle Wirtschaftszahlen für das erste Quartal im Baugewerbe durch das Statistische Bundesamt zur Verfügung standen, lässt sich nun rückblickend zusammenfassen, dass insbesondere der Gesamtumsatz der Branche gegenüber dem Vorjahresquartal mit -14,6% einbrach (einschl. Berlin: -14,1%). Außerdem vermeldete das Statistische Bundesamt für den gleichen Zeitraum einen durchschnittlichen

Rückgang der Betriebe mit 20 und mehr Mitarbeitern um 4,5% gegenüber dem ersten Quartal '08 (einschl. Berlin: -4,4%). Die Zahl der Beschäftigten sank in den ersten drei Monaten um durchschnittlich 3,3% (einschl. Berlin: -2,8%). Wesentlich deutlicher nahm im Vergleich die Bruttolohn- und -gehaltssumme mit -5,7% ab (einschl. Berlin: -5,1%). Die aktuellen Zahlen für den Monat Mai verzeichneten einen Rückgang der Betriebe und Beschäftigten im Baugewerbe um 4,4% bzw. 0,9% gegenüber Mai '08 (einschl. Berlin: -4,1% bzw. -0,5%). Im Gegensatz stieg die Bruttolohn- und -gehaltssumme im Mai mit 1,0% den dritten Monat in Folge im Vergleich zum Vorjahresmonat (einschl. Berlin: 1,3%). Auch der Gesamtumsatz in der Bauwirtschaft zeigt ein positiveres Bild im Vergleich zum Jahresanfang und sank im Mai gegenüber Mai '08 nur noch um 2,5% (einschl. Berlin: -2,0%) (Statistisches Bundesamt Deutschland, GENESIS-Online Datenbank; eigene Berechnungen). Allerdings zeigt die Analyse der nachfolgenden Grafik, dass die Entwicklung des Baugewerbes innerhalb der Neuen Bundesländer teilweise stark differiert. Letztlich scheinen sich die aktuellen Entwicklungen im Baugewerbe auch in der Beurteilung der Geschäftslage durch ostdeutsche Bauunternehmen widerzuspiegeln, die die Lage im Juni gegenüber der Umfrage im April sowie im Vergleich zum Vorjahreszeitraum als geringfügig besser bewerten (IWH-Pressemitteilung 38/2009, S. 2).

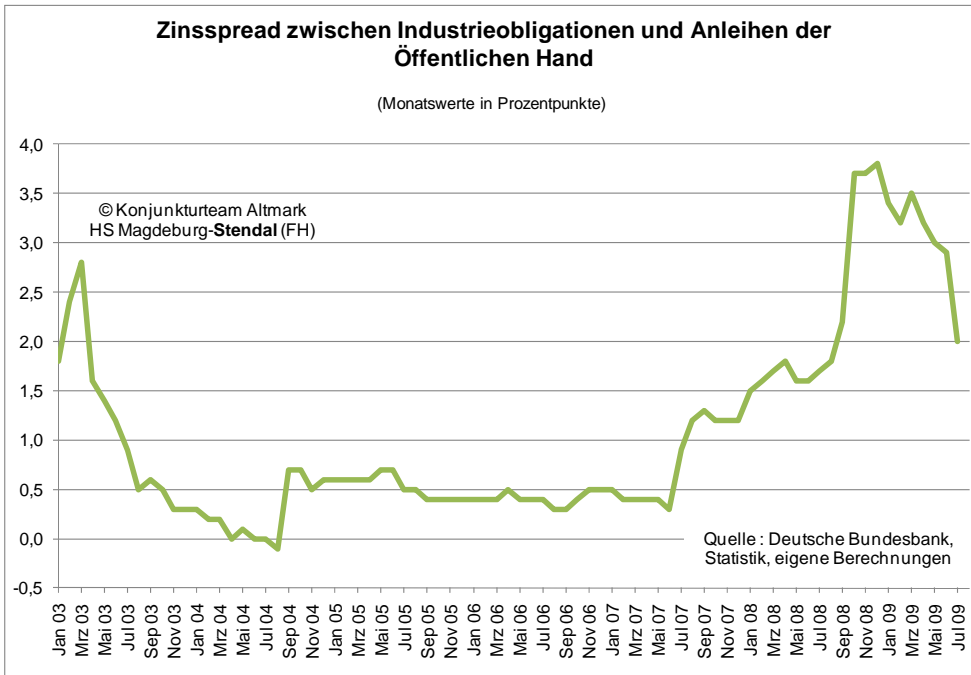


## Angebotsseitige Faktoren

Bundesweit sanken die **Reallöhne** (im Sinne von realen Bruttomonatsverdiensten) im ersten Quartal 2009 um 0,4% im Vergleich zum Vorjahresquartal, wie das Statistische Bundesamt (Pressemitteilung 23.06.2009) mitteilte. Der Reallohnindex wurde erstmalig berechnet, indem die Entwicklung der Verdienste der Preisentwicklung gegenübergestellt wurde. Das Sinken der realen Verdienste resultiert aus dem schwachen Anstieg der nominellen Verdienste (0,4%) und dem Rückgang der Sonderzahlungen, die im Vergleich zum ersten Quartal 2008 um 7,9% abnahmen. Zusätzlich wirkten die geringeren Zahlungen aufgrund von Kurzarbeit. 2008 betrug die Verdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Deutschland durchschnittlich 41.509 Euro (Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung 13.05.2009). In den Neuen Bundesländern stiegen die Verdienste auf 30.151 Euro (3,0%) und in den Alten Bundesländern auf 43.310 Euro (2,8%). Der Zuwachs in den ostdeutschen Ländern ist damit geringfügig höher als im früheren Bundesgebiet, erreicht aber damit erst 70% des Verdienstniveaus in Westdeutschland. Gesamtwirtschaftlich sind die Verdienste 2008 um 0,2 Prozentpunkte schneller gestiegen als die Verbraucherpreise. Zugleich wurde vom Statistischen Bundesamt darauf verwiesen, dass die Arbeitskosten je Stunde in der deutschen Privatwirtschaft auch 2008 nur moderat zunahm (2,5%). Nach Malta (1,8%) verzeichnete damit Deutschland innerhalb des Eurogebietes den geringsten Zuwachs der Arbeitskosten. Seit 2001 zählt Deutschland im Eurogebiet zu den Ländern mit den niedrigsten Wachstumsraten der Arbeitskosten. Eine Arbeitsstunde in der Privatwirtschaft kostete in Deutschland durchschnittlich 29,80 Euro (2008). Damit lag Deutschland hinter Belgien, Dänemark, Schweden, Frankreich und den Niederlanden auf Platz 7 in der Europäischen Union.

Mit dem Beschluss der Europäischen Zentralbank vom 06.08.09 wird der **Leitzins** weiterhin auf sein historisch niedriges Niveau von 1,0% festgelegt. Konstant blieben auch die Verzinsung für Übernachteinlagen bei der EZB von 0,25% und der Zinssatz für Übernachteinlagen bei der EZB von 1,75% (Deutsche Bundesbank, Statistik). Der EZB-Präsident Jean-Claude Trichet bezeichnete dieses Leitzinsniveau als angemessen, aufgrund der momentan geringen Inflationsrisiken und den positiven Erwartungen der Notenbanker für die Wirtschaftsentwicklung im kommenden Jahr ([www.ftd.de](http://www.ftd.de), 06.08.09, „EZB gibt sich optimistisch“). Für Analysten und Volkswirte an den Finanzmärkten kam diese Entscheidung nicht überraschend ([www.handelsblatt.com](http://www.handelsblatt.com), 06.08.09, „EZB lässt Leitzins unverändert“). Die Analyse des Geld-

mengenwachstums von M3 zeigt, dass die Zuwachsrate schon seit eineinhalb Jahren ununterbrochen sinkt und im Mai als gleitender Dreimonatsdurchschnitt einen Wert von 4,1% erreichte. Damit befindet sich das Geldmengenwachstum nach über acht Jahren wieder nahezu bei der von der EZB festgelegten Referenzmarke von 4%. Der Monatswert im Juni liegt sogar 0,5 Prozentpunkte unter dem Referenzwert. Mit Blick auf den Kapitalmarkt stieg die Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere insgesamt um 0,2 Prozentpunkte vom ersten zum zweiten Quartal auf durchschnittlich 3,4%. Nach Wertpapierarten betrachtet, wuchs im gleichen Zeitraum die Rendite von Anleihen der Öffentlichen Hand ebenfalls um 0,2 Prozentpunkte auf 3,2%.

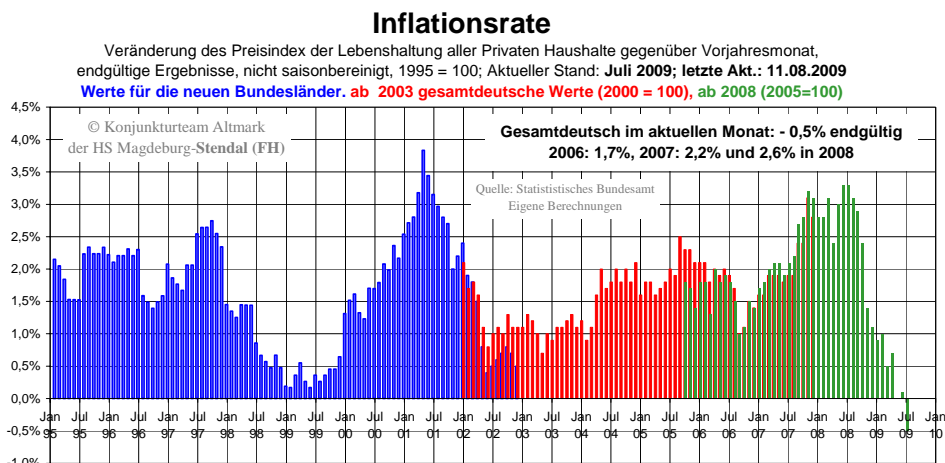


Aufgrund der Renditeverringerng von Industrieobligationen um den gleichen Betrag auf 6,2% im zweiten Quartal, reduzierte sich der Zinsspread zwischen beiden Wertpapierarten erheblich. Der Juli-Wert misst sogar nur 2,0%. Bankschuldverschreibungen rentierten im zweiten Quartal bei 3,7% (Deutsche Bundesbank, Statistik).

## Prognose 3. Quartal 2009

- Inflationsrate:** Teuerung weiter rückläufig

Im Juli 2009 fiel die gesamtdeutsche Inflationsrate auf -0,5% (Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 11.08.2009).



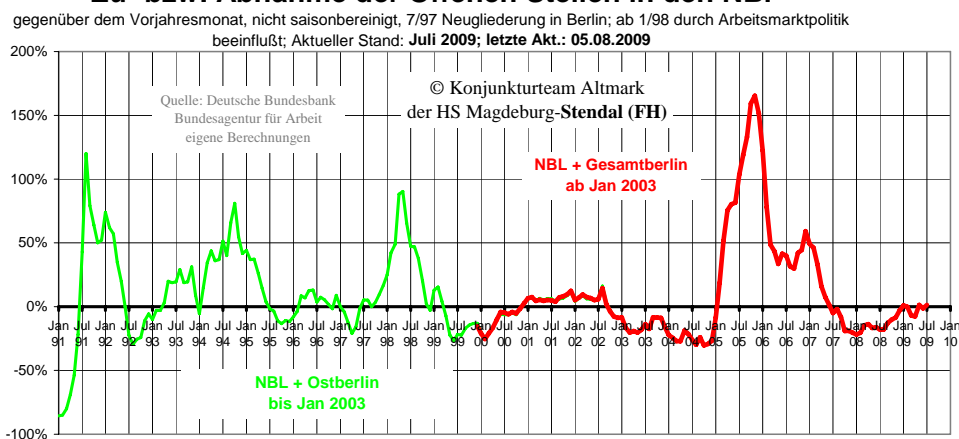
Nur im Frühjahr 1987 kann man einen vergleichbaren Wert finden, damals noch für das frühere Bundesgebiet. In den nächsten Monaten werden die Preisrückgänge weiter anhalten. Der Index der Einfuhrpreise erreichte im Juni 2009 mit

11,3% unter Vorjahresstand den niedrigsten Wert seit Februar 1987 (-12,6%) (Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 27.07.2009). In den Neuen Ländern scheinen die Preise mit -0,6% etwas stärker gesunken zu sein. Auch der Index der Großhandelsverkaufspreise lag im Juli um 10,6% unter dem Stand des Vorjahresmonats. Dies ist der stärkste Rückgang seit Beginn der Preisindexberechnungen im Jahr 1968 (Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 11.08.2009). Allerdings wird im Herbst der statistische Basiseffekt des Ölpreisrückganges aus dem vergangenen Jahr auslaufen. Gleichzeitig hat sich der Preis für Rohöl seit dem Tiefpunkt zu Jahreswechsel in Euro gerechnet schon wieder verdoppelt. Grundsätzlich bleibt aber fraglich, inwieweit Unternehmen bei der derzeitigen konjunkturellen Lage Preissteigerungen durchsetzen können.

### • **Arbeitslosenquote: Erstaunlich stabil**

Im Juli waren 1.094.000 Menschen in Ostdeutschland arbeitslos. Dies waren etwa 3.000 mehr als im Juni und etwa 4.500 mehr als im Vorjahresmonat. Die Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen in Ostdeutschland betrug 12,9% (Bundesagentur für Arbeit, Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Juli 2009). Saisonbereinigt beträgt die Quote nun 13,1% und ist somit sogar noch um 0,1 Prozentpunkte gegenüber dem Juni gesunken. Wie unterschiedlich die regionalen Arbeitsmärkte auf die Krise reagieren, zeigen folgende Zahlen: In Westdeutschland stieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr um 12%, in Baden-Württemberg um 33%, in Bayern um 24% und in Rheinland-Pfalz um 13%, in Ostdeutschland übertraf sie den Vorjahreswert um 0,4%, in Mecklenburg-Vorpommern unterschritt sie den Vorjahreswert um 6%, in Brandenburg um 5% und in Sachsen-Anhalt um 2%. Die Zahl der gemeldeten Stellen in Ostdeutschland lag im Juli sogar noch um ein Prozent über dem Vorjahreswert, wohingegen diese Zahl in Westdeutschland um 22% gesunken ist.

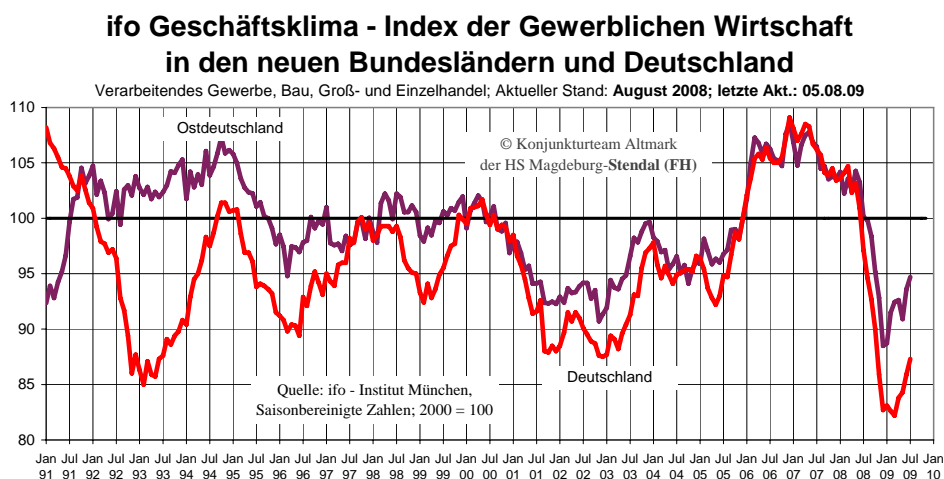
#### **Zu- bzw. Abnahme der Offenen Stellen in den NBI**



Trotz dieser Zahlen gehen auch wir davon aus, dass sich die Arbeitslosigkeit bis zum Jahresende erhöht haben wird. Das IWH prognostiziert, dass sich die Arbeitslosenquote 2009 auf 14% (nach 13,3% in 2008 und 15,2% in 2007) erhöhen wird (IWH-Pressemitteilung 46/2009 v. 3.8.2009). Die Zahl der Erwerbstätigen wird von 5,786 Mio. in 2008 auf 5,72 Mio. sinken. Die Zahlen für Gesamtdeutschland dürften sich dramatischer entwickeln: Nach Einschätzung des Bundesfinanzminister Peer Steinbrück wird sich aber erst zeigen, wenn das 24-monatige Kurzarbeitergeld ausläuft, ob sich der Arbeitsmarkt stabilisiert hat oder nicht. Dies wird im vierten Quartal dieses Jahres oder im ersten Quartal 2010 erwartet (Welt Online, vom 12.08.2009). Nach Einschätzung von Michael Hüther, Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) wird der deutsche Arbeitsmarkt besser durch die Krise kommen als ursprünglich angenommen, aber dennoch Anfang 2010 die Vier-Millionen-Marke bei der Arbeitslosenzahl überschreiten (Ruhr Nachrichten, vom 08.08.2009).

### • **Wachstumsrate des realen BIP: Tiefe Rezession**

Trotz einiger Lichtblicke wird die ostdeutsche Wirtschaft nicht von der massivsten Nachkriegsrezession verschont bleiben. Das IWH schätzt, dass der Rückgang des realen BIP etwa 4,5% betragen wird (IWH-Pressemitteilung 46/2009 v. 3.8.2009). Gründe für den Rückgang sind in der Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes (s.u.) und des Baugewerbes (s.u.) zu finden. Dass der Rückgang nicht ganz so drastisch ausfällt wie in Westdeutschland, kann durch die geringere Exportlastigkeit des Verarbeitenden Gewerbes, dem geringeren Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung, aber auch in der Dominanz der Verbrauchsgüterhersteller (s. auch VG in der Lageanalyse) erklärt werden. Stabilisierend wirkt bislang zudem der reale private Konsum. Das IWH geht von einer Stagnation aus, nach dem dieser 2007 um 1,1% und 2008 um 0,8% gesunken war (IWH-Pressemitteilung 46/2009 v. 3.8.2009). Gründe hierfür sind zum einen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt und zum anderen bei den Preisrückgängen zu sehen. Hoffnung signalisiert der Ifo-Geschäftsklimaindex schon seit Dezember 2008:

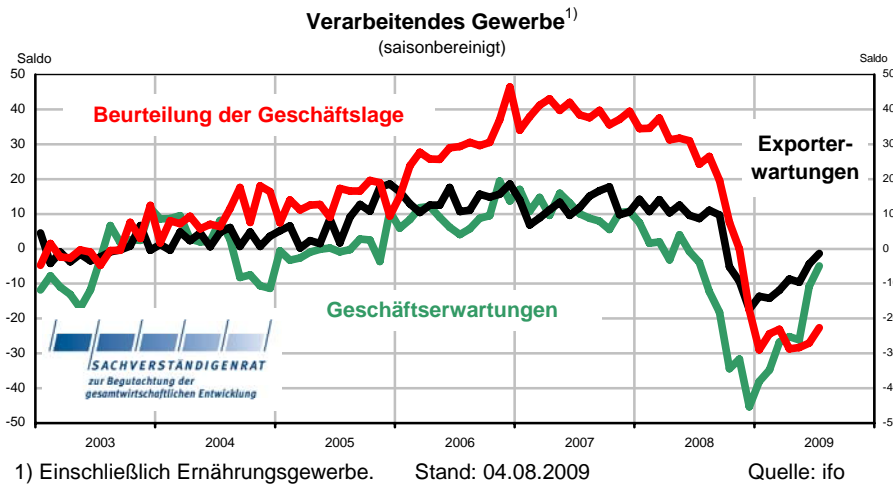


Man gewinnt den Eindruck, als sähen die Unternehmen der drei Bereiche etwas Licht am Ende des Tunnels. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt das Mittelstandsbarometer von Ernst&Young: 29% der Befragten rechneten im Juli mit einer Verbesserung der Geschäftslage in den nächsten sechs Monaten, 12% mit einer Verschlechterung; im Januar betragen die entsprechenden Prozentsätze noch 16 und 36 (Handelsblatt v. 12.09.2009). Bei allen positiven Argumenten darf nicht übersehen werden, dass dies nur Argumente für eine Stabilisierung auf niedrigerem Niveau im 2. Halbjahr sind. Solange die Zahl der Arbeitslosen halbwegs stabil bleibt, wird der Private Verbrauch, der nach den Autokäufen langsam zurückgehen wird, nicht allzu schnell sinken. Der reale Gastgewerbeumsatz in Deutschland liegt aber im ersten Halbjahr um 6,9% unter dem Vorjahresniveau (Pressemitteilung des Statistischen Bundesamts v. 17.08.09), was doch eine größere Zurückhaltung signalisiert. Bei einem wichtigen Frühindikator der industriellen Konjunktur – der Roheisen- bzw. Rohstahlproduktion – zeigt sich nur eine Entspannung auf niedrigem Niveau an: Zwar ist die Rohstahlproduktion in Deutschland kalender- und saisonbereinigt im Juli um 8,2% gegenüber dem Vormonat gestiegen, doch liegt sie in den ersten sieben Monaten um 41,4% und die Roheisenproduktion um 44,3% unter dem Vorjahreszeitraum (Pressemitteilung des Statistischen Bundesamts v. 07.08.09). Je länger der starke Umsatzrückgang für die Unternehmen insgesamt dauert, desto größer werden die finanziellen Risiken, was die steigenden Insolvenzzahlen schon zum Ausdruck bringen. Für die Banken, die diese Risiken dämpfen könnten, bauen sich nicht nur in Osteuropa weitere Probleme auf (Handelsblatt v. 12.08.09). Dort brechen die Wachstumsraten ebenfalls rapide ein, so dass die Firmenpleiten zunehmen und auch die Kredite deutscher Banken ausfallen. Dass die Finanzkrise noch nicht zu Ende ist, zeigt auch die Zahl von 77 Banken, die bislang in diesem Jahr in den USA insolvent wurden. Auch die Meldungen aus den USA zeigen noch keine wirkliche Entspannung an: Der Preisrückgang von 2,1% im Juli gegenüber dem Vorjahr ist der stärkste seit 1950, die Industrieproduktion ist im Juli im Vergleich zum Vormonat um 0,5% gestiegen, liegt aber um 13,1% unter dem Vorjahreswert. Besonders bedenklich ist die überraschende Eintrübung des Konsumklimas, welches die Universität von Michigan erhebt, da der Anteil des Privaten Verbrauchs am BIP der USA vergleichsweise hoch ist. Dieses sank im August auf 63,2 Indexpunkte, nachdem es seit Februar gestiegen war (DPA 14.08.09).

## Das Verarbeitende Gewerbe

Nach dem desaströsen ersten Halbjahr keimt leichte Hoffnung für das zweite Halbjahr auf. Bundesweit lagen die Originalwerte der Auftragseingänge des VG Deutschlands im Mai und insbesondere im Juni zwar nach wie vor um etwa 25% unter dem Vorjahresmonat, doch sind sie saisonbereinigt in beiden Monaten gegenüber den Vormonaten wieder gestiegen (BMWII Pressemitteilung v. 6.8.09). Im Juni sind insbesondere die Auftragseingänge im Vergleich zu Mai besonders durch Bestellungen aus der Eurozone bei Vorleistungs- und Investitionsgüterproduzenten gestiegen. Leider werden für die Neuen Länder die Zahlen zum Auftragseingang im VG nicht mehr getrennt veröffentlicht. Hier bleibt nur ein Blick auf die Zahlen des Mai einzelner Bundesländer, die ihre Ergebnisse veröffentlicht haben. In Sachsen lagen die Auftragseingänge um 34,2%, in Thüringen um 29,3% und in Sachsen-Anhalt um 29,2% unter dem Vorjahresniveau (jeweiliges Statistisches Landesamt). Die Bruttowertschöpfung wird nach einer Schätzung des IWH im Verarbeitenden Gewerbe um etwa 15%, im Baugewerbe um etwa 3% zurückgehen (IWH-Pressemitteilung 46/2009 v. 3.8.2009). Dennoch keimt Hoffnung. Das IWH berichtet: „Zwar hat sich der Saldo aus positiven und negativen Bewertungen der aktuellen Geschäftslage gegenüber Mai nochmals um zwei Punkte verschlechtert. Doch die Geschäftsaussichten bis zum Jahreswechsel haben sich deutlich aufgehellt, und erstmals in diesem Jahr halten sich gute und schlechte Erwartungen in etwa die Lage.“ (IWH-Pressemitteilung 48/2009 v. 6.8.2009) Auch die Befragungen des ifo-Instituts deuten zum einen auf eine Talsohle hin, da die Lagebeurteilung im VG Ostdeutschlands sich seit Jahresbeginn nicht mehr verschlechtert hat, die Erwartungen zum anderen seitdem mehr oder minder kontinuierlich steigen und nach einem Tiefstwert von etwa -45 Indexpunkten schon wieder die Marke von -5 erreicht (Quelle: ifo, Sachverständigenrat).

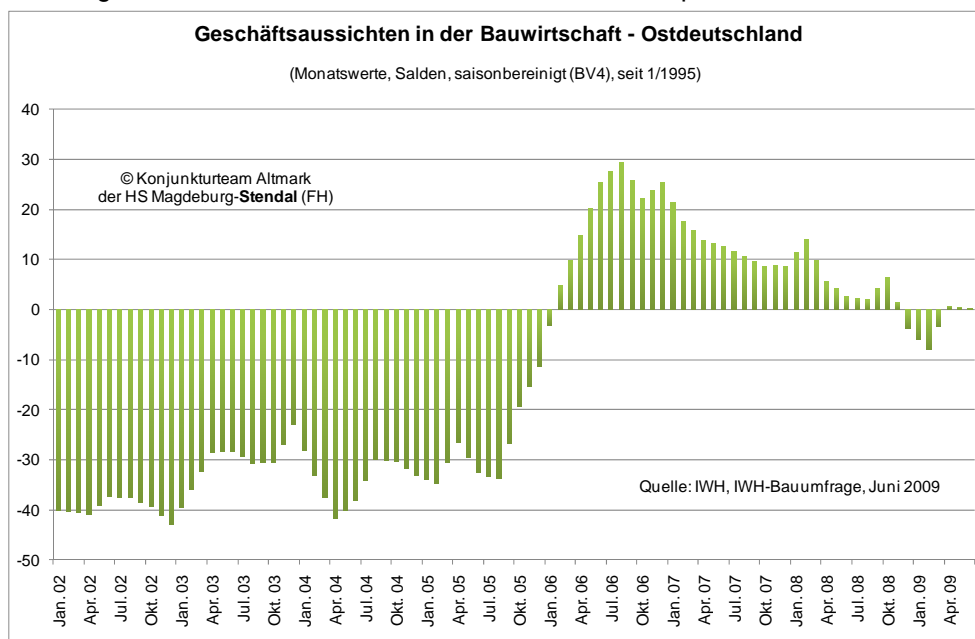
## ifo Geschäftsklima: Ostdeutschland



Auch die Exporterwartungen steigen seit Jahresbeginn und haben den Bereich des „Pessimismus“ schon fast verlassen. Zwar scheint die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe der Neuen Länder wieder von mehr Optimismus getragen zu sein, so darf hierbei nicht vergessen werden, dass einige Unternehmen sicher vor großen Liquiditätsschwierigkeiten stehen und stehen werden. Genaugenommen stehen massiven Einzahlungsrückgängen durch Umsatzeinbrüche nicht in gleichem Maße Auszahlungsrückgänge entgegen.

### Die Bauwirtschaft

Aufgrund eines durchschnittlichen Rückgangs der Auftragseingänge im ersten Quartal '09 um 9,9% (mit und ohne Berlin) gegenüber dem Vorjahresquartal, fällt die Prognose der Bautätigkeit in Ostdeutschland unter die des Vorjahres. Allerdings deuten die Auftragseingänge im Mai mit einem sprunghaften Anstieg von 10,9% (einschl. Berlin: +5,1%) gegenüber Mai '08 eher wieder eine zukünftig günstigere Situation im Baugewerbe an. Das staatliche Konjunkturprogramm scheint bei den Firmen anzukommen. Auf Bundesländerebene wies Sachsen-Anhalt in den ersten drei Monaten gegenüber dem Vorjahresquartal mit 13,2% den stärksten Rückgang bei den Auftragseingängen auf, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern mit 12,8%, Brandenburg mit 11%, Sachsen mit 8,6% und Thüringen mit 4,2%. Hingegen stiegen im Mai die Auftragseingänge gegenüber dem Vorjahresmonat bis auf Mecklenburg-Vorpommern (-2,2%) in allen Neuen Bundesländern: Brandenburg (+19,5%), Thüringen (+16,9%), Sachsen (+8,7%) und Sachsen-Anhalt (+4,5%) (Statistisches Bundesamt Deutschland, GENESIS-Online Datenbank; eigene Berechnungen). Bei der Befragung ostdeutscher Bauunternehmen nach ihrer Beurteilung der Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe, schätzen sie die Aussichten bis zum Jahresende nahezu unverändert gegenüber dem Frühjahrsniveau ein (saisonal bereinigt). Wie in der folgenden Grafik zu sehen ist, bedeutet es, dass die Skepsis bezüglich zukünftiger Bauaktivitäten weiterhin besteht. Allerdings bewerten die Unternehmen in den einzelnen Sparten das Geschäftsklima unterschiedlich.



So wurden die Aussichten für den Hochbau als günstiger, für den Tiefbau als unverändert und für den Ausbau als leicht verschlechtert gegenüber der Frühjahrsfrage eingestuft (IWH-Pressemitteilung 38/2009, S. 2-3).



## Angebotsseitige Faktoren

Bei den **Löhnen** geht das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) davon aus, dass die Bruttolöhne in diesem Jahr um 1,7% in den Neuen Bundesländern sinken werden, nach einem Anstieg von 3,1% (2008) gegenüber dem Vorjahr. Der IWH-Konjunkturexperte Udo Ludwig rechnet für Sachsen sogar mit einem Rückgang der Bruttolöhne und –gehälter „in Richtung 2%“ (Leipziger Volkszeitung, 05.08.2009). Der Freistaat Sachsen ist insbesondere von der krisengeschüttelten Branche Automobilbau betroffen. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes in Sachsen würden damit die Löhne erstmals seit 1998 sinken. Bei den Tarifverhandlungen erzielten die Gewerkschaften des DGB im 1. Halbjahr eine durchschnittliche Abschlussrate von 4% (West 3,9%, Ost 5%). Dies gilt für 3,9 Mio. Beschäftigte, darunter 0,5 Mio. in den Neuen Bundesländern. Das entspricht etwa einem Fünftel der von Tarifverträgen erfassten Arbeitnehmer (-innen). Bei den in 2009 in Kraft getretenen Tarifsteigerungen, ergibt sich laut DGB gesamtdeutsch eine Steigerung von 3,0% (West 2,9%; Ost 3,5%). Die höchsten Steigerungen in den Neuen Bundesländern wurden in den Wirtschaftsbereichen Gebietskörperschaften und Sozialversicherung (4,4%), Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (3,9%), Verkehr- und Nachrichtenübermittlung (3,8%) sowie Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (3,7%) verzeichnet. Die geringsten Steigerungen wurden in den Bereichen Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe (1,8%), Verbrauchsgütergewerbe (2,3%) und Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck (2,3%) umgesetzt. Auch wenn die erzielten Tarifsteigerungen der Gewerkschaften positive Signale senden, so dürfen von den Löhnen für das nächste Quartal keine positiven Konjunkturimpulse erwartet werden (WSI Mitteilungen 8/2009).

Wie schon im Lagebericht erwähnt, rechnen die Notenbankler der EZB mit einer leicht graduellen Verbesserung der konjunkturellen Entwicklung im zweiten Halbjahr 2009. Für 2010 erwarten die Ratsmitglieder der EZB sogar eine stetige Erholung der Wirtschaft im Euroraum (www.handelsblatt.com, 06.08.09, „Tempo der Talfahrt lässt nach“). Im Rahmen der monatlich durchgeführten FTD-**Zinsumfrage** gehen mehr als drei Viertel der befragten Ökonomen internationaler Banken davon aus, dass der Leitzins weit bis ins Jahr 2010 auf dem aktuellen Niveau verbleiben wird. Als Begründung dafür werden von den Ökonomen Risiken für die Konjunktur in 2010 genannt. So könnte der private Konsum, aufgrund steigender Arbeitslosigkeit, zurückgehen und dadurch die Binnennachfrage zur Stützung des konjunkturellen Aufschwungs erheblich dämpfen. Hinsichtlich des vorrangigen Ziels der EZB die Preisstabilität zu wahren, sehen die Volkswirte keine Gefahren bei diesem historisch niedrigen Leitzins. Sie erwarten für das zweite Halbjahr 2009 und für das Jahr 2010 eine Inflationsrate im Euroraum deutlich unter der von der EZB vorgegebenen Inflationsrate zur Sicherung der mittelfristigen Preisstabilität (www.ftd.de, 06.08.09, „EZB gibt sich optimistisch“). Sollten die Notenbankler auf Basis der vierteljährlich durchgeführten EZB-Prognose nächsten Monat keine vollkommen Neuen Einsichten über die zukünftige Konjunkturentwicklung gewinnen, dann prognostizieren wir für den September und Oktober eine weitere Ausdehnung der momentanen Zinspause.